

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR  
LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN

9207-72-33519

München, den 10. Nov. 1981

5. Teilgenehmigungsbescheid nach § 7 Atomgesetz (AtG)  
der abschließenden Errichtung, zur nuklearen Inbetriebnahme  
und zum Betrieb des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld (KKG)  
in Grafenrheinfeld, Lkr. Schweinfurt

legt, das Bestandteil des innerbetrieblichen Alarmplans ist. Dieses Meßprogramm wird im Einzelfall durch Maßnahmen des LfU und, soweit notwendig, der im Rahmen des amtlichen Alarm- und Einsatzplans tätigen Behörden ergänzt und fortgeführt.

Grenzwertüberschreitungen bei der Radioaktivitätsabgabe werden in der KFÜ-Zentrale im LfU sofort gemeldet. Bei Störfällen kann die rasche Erkennung der Freisetzung und der Ausbreitung radioaktiver Stoffe Orientierungshilfen für einzuleitende Schutzmaßnahmen liefern, außerdem kann das KFÜ für eine rasche Unterrichtung der Öffentlichkeit von Nutzen sein. Die Einrichtung des KFÜ ist daher als eine zusätzliche, die Sicherheit fördernde Maßnahme anzusehen.

#### 4. Entsorgungsvorsorge

Nach § 9 a Abs. 1 AtG besteht für den Errichter und Betreiber einer kerntechnischen Anlage die Verpflichtung, für die schadlose Verwertung von anfallenden radioaktiven Reststoffen oder - soweit dies nicht möglich ist - für deren geordnete Beseitigung als radioaktive Abfälle zu sorgen.

Das Ergebnis der Prüfung der von den Betreibern des KKG eingeleiteten Maßnahmen zur Entsorgungsvorsorge sowie die Planungen im Rahmen des Entsorgungskonzepts der Bundesrepublik Deutschland lassen eine Entsorgung des KKG erwarten, die den in den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" vom 29.02.1980 (BANz. Nr. 58 vom 22.03.1980) niedergelegten Anforderungen entspricht. Der Nachweis, daß ab Inbetriebnahme des KKG für einen Betriebszeitraum von sechs Jahren im voraus der sichere Verbleib der abgebrannten Brennelemente sichergestellt ist, wurde erbracht: Neben dem Platz für eine vollständige Kernladung steht im Kompaktlager des KKG eine Lagerkapazität für etwa acht Entlademengen zur Verfügung. Hinzu kommt die mit der Firma COGEMA vertraglich vereinbarte Abnahme von rund drei Entlademengen. Den Antragstellern wurde auferlegt, den für sechs Jahre im voraus vor-



zulegenden Nachweis über den sicheren Verbleib der abgebrannten Brennelemente fortzuschreiben und erhebliche Veränderungen der Entsorgungsvorsorge unverzüglich mitzuteilen (s. Abschn. III.8.5 und III.8.7).

Die Lagerung der abgebrannten Brennelemente im Kompaktlager des KKG dient der Zwischenlagerung bis zum Abtransport in eine Wiederaufarbeitungsanlage oder eine andere Anlage des deutschen Entsorgungskonzepts entsprechend der Regelung des § 9 a AtG. Mit Beschluß vom 28.09.1979 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern bestätigt, daß die Arbeiten zur Verwirklichung des integrierten Entsorgungskonzepts fortgesetzt werden. Die niedersächsische Landesregierung hat ihre Bereitschaft erklärt, das Planfeststellungsverfahren für die Errichtung eines Endlagers im Salzstock von Gorleben fortzusetzen sowie die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstocks zügig voranzuführen. Die Planungen für das integrierte Entsorgungskonzept schließen auch die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage durch die Energieversorgungsunternehmen ein. In Ergänzung zum bisherigen Entsorgungskonzept soll außerdem gleichzeitig die Realisierbarkeit anderer Entsorgungstechniken, wie z.B. die Direktendlagerung der abgebrannten Brennelemente ohne Wiederaufarbeitung, untersucht werden. Entsprechend dem Beschluß der Regierungschefs vom 28.9.1979 sollen die nach dem Deutschen Entsorgungskonzept vorgesehenen oberirdischen Fabrikationsanlagen sowie die Anlage des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle spätestens zum Ende der 90er Jahre betriebsbereit sein.

Im Einklang mit dem Beschluß der Regierungschefs vom 28.9.1979 ist außerdem in Ahaus, Nordrhein-Westfalen, und in Gorleben, Niedersachsen, die Errichtung externer Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente geplant. Die Anträge auf atomrechtliche Genehmigungen wurden bereits gestellt.

Die beim Betrieb des KKG anfallenden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle und kontaminierte Teile können bis zu ei-

ner anderweitigen Verwertung, Zwischenlagerung oder Beseitigung im KKG schadlos gelagert werden. Die Planungen zur Errichtung einer zentralen Sammelstelle für die Zwischenlagerung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in Bayern wurden bereits eingeleitet. Die Errichtung eines Zwischenlagers, das auch für die Lagerung von Abfällen aus dem KKG genutzt werden kann, ist außerdem in Gorleben, Niedersachsen vorgesehen.

Eine geordnete Beseitigung der zwischengelagerten schwach- und mittelradioaktiven Abfälle soll durch Verbringen in ein Endlager erfolgen, das gemäß § 9 a Abs. 3 AtG durch den Bund zu errichten ist. Bezüglich der Einlagerung radioaktiver Abfälle in Salzstöcken liegen durch den Betreiber der Versuchslagerstätte Asse II, Niedersachsen, bereits umfangreiche Erfahrungen vor. Die erforderlichen Verwaltungsverfahren für die künftigen Endlagerungen im Eisenbergwerk Konrad, ebenso wie für das Endlager in Gorleben, wurden bzw. werden in Kürze eingeleitet.

## 5. Sonstige Öffentlich-rechtliche Vorschriften (§ 14 AtVfV)

Die außer den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG für die abschließende Errichtung, die nukleare Inbetriebnahme und den Betrieb des KKG in Betracht kommenden sonstigen Öffentlich-rechtlichen Vorschriften sind beachtet:

### 5.1 Energiewirtschaftsgesetz

Das Kernkraftwerksvorhaben wurde nach § 4 Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 13.12.1935 (BGBl 1935, III Nr. 752-1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.1977 (BGBl 1977, I S. 2750), energiaeufsichtlich nicht beanstandet (s. Abschnitt B.3.1 des 1. Teilgenehmigungsbescheids vom 21.6.1974).